

2023/161

öffentlich



Dezernat II
Amt für Jugend, Familie und Schule

Hauptamt

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortschaftsrat Gebersheim (Vorberatung)	12.09.2023	Ö
Ortschaftsrat Höfingen (Vorberatung)	13.09.2023	Ö
Ortschaftsrat Warmbronn (Vorberatung)	11.09.2023	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	20.09.2023	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	21.09.2023	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	26.09.2023	Ö

Personalaufwendungen und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 - Stellenschaffung/Stellenmehrung im Amt für Jugend, Familie und Schule

Beschlussvorschlag

1. Der unbefristeten Schaffung von 5 FSJ-Stellen wird für die Bereiche der Schulkindbetreuung und der städtischen Kindertageseinrichtungen zugestimmt. Die Stellen sind im Stellenplan 2024 entsprechend einzuplanen. Die Personalaufwendungen für das Jahr 2024 in Höhe von insgesamt 50.000 Euro sind entsprechend einzuplanen.
2. Der unbefristeten Schaffung von einer Stelle in Entgeltgruppe S12 mit einem Beschäftigungsgrad von 100 % wird für den Bereich Sozialer Dienst zugestimmt. Die Stelle ist im Stellenplan 2024 entsprechend einzuplanen. Die Personalaufwendungen für das Jahr 2024 in Höhe von insgesamt 72.133 Euro sind entsprechend einzuplanen.
3. Der unbefristeten Schaffung von einer Stelle in Entgeltgruppe 9a mit einem Beschäftigungsgrad von 60 % wird für den Bereich Sachbearbeitung Wohngeld zugestimmt. Die Stelle ist im Stellenplan 2024 entsprechend einzuplanen. Die Personalaufwendungen für das Jahr 2024 in Höhe von insgesamt 44.500 Euro sind entsprechend einzuplanen.
4. Der bis Ende 2026 befristeten Schaffung von einer Stelle in Entgeltgruppe S12 mit einem Beschäftigungsgrad von 60 % wird für den Bereich Sozialer Dienst zugestimmt. Die Stelle ist im Stellenplan 2024 entsprechend einzuplanen. Die Personalaufwendungen für das Jahr 2024 in Höhe von insgesamt 48.761 Euro sind entsprechend einzuplanen.
5. Der unbefristeten Schaffung von einer Stelle in Entgeltgruppe 9a mit einem Beschäftigungsgrad von 50 % wird für den Bereich Sachbearbeitung Bildungs- und Teilhabepaket zugestimmt. Die Stelle ist im Stellenplan 2024 entsprechend einzuplanen. Die Personalaufwendungen für das Jahr 2024 in Höhe von insgesamt 37.082 Euro sind entsprechend einzuplanen.
6. Der unbefristeten Schaffung von einer Stelle in Entgeltgruppe S15 mit einem Beschäftigungsgrad von 100 % wird für den Bereich städtische Kindertageseinrichtungen zugestimmt. Die Stelle ist im Stellenplan 2024 entsprechend einzuplanen. Die Personalaufwendungen für das Jahr 2024 in Höhe von insgesamt 82.353 Euro sind entsprechend einzuplanen.

Finanzielle Auswirkungen:JA | NEIN

Kontierung	Jahr	verfügbares Budget (aus der mittelfristigen Finanzplanung)	Finanzbedarf	Bemerkung
Kostenstelle 21100114 Grundschule Gebersheim	2024	141.570	167.387	Stellenschaffung fünf FSJ-Stellen Schulkindbetreuung Grundschule Gebersheim / Kinderhaus Binsenweg / Kinderhaus West /
Kostenstelle 31800001 Seniorenarbeit, Wohngeld und sonstige Leistungen	2024	448.243	566.352	Stellenschaffung 100% Sozialer Dienst
Kostenstelle 31800001 Seniorenarbeit, Wohngeld und sonstige Leistungen	2024	w.o.	w.o.	Stellenmehrung 60% Sachbearbeitung Wohngeld
Kostenstelle 31800002 Betreuung und Förderung Flüchtlinge/Asylbewerber	2024	304.798	462.480	Verlängerung einer befristeten Stelle 60% im Integrationsmanagement
Kostenstelle 31900000 Bildung und Teilhabe	2024	33.266	60.058	Stellenmehrung 50% Sachbearbeitung Bildungs- und Teilhabepaket
Kostenstelle 36500303 Kita Binsenweg Warmbronn	2024	262.179	296.351	Nachzuholende Stellenschaffung 100% Leitung Kita Binsenweg (Eröffnung der Kita am 01.09.2023)

1. Stellenschaffung FSJ

Für die Grundschule Gebersheim wird eine FSJ-Stelle geschaffen, da aufgrund von steigenden Schülerzahlen und der Nutzung des Anbaus weiteres Personal am Vor- und am Nachmittag benötigt wird.

Für das im September 2023 eröffnende Kinderhaus Binsenweg in Warmbronn wird eine FSJ-Stelle als personelle Unterstützung geschaffen.

Für das zum Jahreswechsel 2023/2024 eröffnende Kinderhaus West werden 3 FSJ-Stellen zur personellen Unterstützung geschaffen.

2. Stellenschaffung Sozialer Dienst

Der Soziale Dienst der Stadt Leonberg ist Anlaufstelle für ratsuchende Bürger*innen und bietet professionelle Beratung in schwierigen Lebenslagen. Die Beratung von Obdachlosen, Senior*innen und Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII sowie Opfer von häuslicher Gewalt sind das Arbeitsfeld der Sozialarbeiter. Die Schaffung von einer weiteren Stelle mit 100% Beschäftigungsumfang ist aus verschiedenen Gründen unabdingbar:

Die Anzahl der Obdachlosen steigt, da der Wohnungsmarkt sich nicht bewegt und keine Wohnungen auf dem freien Markt sind.

Demographischer Faktor: die Beratung von Senior*innen (Unterstützung bei Anträgen, Unterstützung bei Krankheiten, Vereinsamung) nimmt zu. Dem Sozialen Dienst werden oft Personen gemeldet, die verwirrt, einsam, erkrankt sind und Hilfe benötigen.

Die VwV Integrationsmanagement sieht vor, dass ab 2025 seitens des Integrationsmanagements Flüchtlinge bis zu 3 Jahre unterstützt werden. Danach fällt die Zuständigkeit an den Sozialen Dienst. D.h. alle Flüchtlinge, die vor 2022 nach Leonberg

gekommen sind werden ausschließlich vom Sozialen Dienst betreut. Das bedeutet, dass die Anzahl der zu Betreuenden weiterhin steigen wird.

3. Stellenmehrung Sachbearbeitung Wohngeld

Für die Sachbearbeitung im Bereich Wohngeld und Teilhabepaket wird eine Stellenmehrung mit 60% Beschäftigungsumfang geschaffen. Mit der Wohngeldreform zum 01.01.2023 ist die Zahl der Wohngeldberechtigten extrem gestiegen und eine Verdreifachung der Anträge wurde erwartet. In Leonberg ist das Antragsvolumen zwischen Januar und Juni 2023 im Vergleich zu den Vorjahresmonaten um 41 % gestiegen. Ein weiterer Anstieg der Fallzahlen ist zu erwarten. Eine Personalaufstockung zur Bearbeitung von Wohngeldanträgen aber auch von Anträgen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes ist notwendig.

4. Stellenschaffung Sozialer Dienst – Integrationsmanagement

Das Integrationsmanagement der Stadt Leonberg begleitet durch Einzelfallhilfe Geflüchtete in den Anschlussunterbringungen bei Fragen des alltäglichen Lebens z.B. Aufenthaltsrecht, Spracherwerb, Schule und Bildung und Arbeitsmarktintegration. Die Stelleninhaberin hat eine befristete Stelle bis 1/2024 – abgestimmt auf zusätzliche Fördermittel im Rahmen der „Soforthilfe für die Integration von Vertriebenen aus der Ukraine (Soforthilfe Ukraine)“. Die Anzahl der zu betreuenden Flüchtlinge hat sich 2022 verdreifacht (auch wegen der Ukraine Krise). Für 2021 wurden 68 Personen in die Anschlussunterbringung zugewiesen (2020 waren es 60), 2022 waren es 226. Für 2023 beträgt die geplante Aufnahmequote Stand heute 185 Flüchtlinge – bis Ende Mai sind 120 Personen in Leonberg angekommen. Für 2024 wird derzeit ebenfalls von ca. 185 Flüchtlingen ausgegangen. Die Stelleninhaberin unterstützt seit August 2022 die Arbeit der 4 städtischen Integrationsmanager*innen (3,5 VZÄ) als Dolmetscherin und ist seit 01.02.2023 befristet als Integrationsmanagerin eingestellt.

Ab 2025 werden über das Integrationsmanagement Flüchtlinge für die Dauer von 3 Jahre intensiv betreut (VwV Integrationsmanagement). Das sind ca. 560 Personen. Diese Anzahl macht es notwendig, die befristete Stelle weiterhin vorzuhalten.

Da nicht absehbar ist, wie sich die Flüchtlingssituation entwickelt, wird die Stelle zunächst befristet für 3 Jahre beantragt.

5. Stellenmehrung Sachbearbeitung Bildungs- und Teilhabepaket

Für die Sachbearbeitung im Bereich Wohngeld und Teilhabepaket wird eine Stellenmehrung mit 50% Beschäftigungsumfang geschaffen. Derzeit stehen 30% Stellenumfang für die Bearbeitung der Fälle zur Verfügung. Die Fallzahlen sind in den letzten 2 Jahren um 40% gestiegen und das Volumen der Zuschusszahlungen und Leistungen um 30%. Zur effizienteren und schnelleren Bearbeitung von Anträgen und einer individuellen Beratung der Bürger*innen sind mehr Stellenanteile notwendig. Die Fallzahlen stiegen auch durch die Wohngeldreform zum 01.01.2023 an, da sich die Anzahl der Berechtigten deutlich vergrößert hat. Mit weiter steigenden Fallzahlen ist zu rechnen. Vom Landratsamt Böblingen erhält die Stadt Leonberg als Refinanzierung eine Personalkostenerstattung in Abhängigkeit der berechtigten Leistungsempfänger. Im Jahr 2023 betrug die Gesamterstattung 44.000 Euro.

6. Stellenschaffung städt. Kindertageseinrichtungen

Wegen der Eröffnung des Kinderhauses Binsenweg in Warmbronn zum 1. September 2023 muss die Stelle der Leitung noch nachträglich geschaffen werden.

Anlage/n

Keine